

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagschrift: Tagesblatt Riesa,
Jahrgang Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Groschloffe Riesa Nr. 52.

Nr. 87.

Donnerstag, 15. April 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig. Bei Postbestellung durch den Verlag für die Nummer des Ausgabejahres sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. (Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versandt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schlußfrist für die Druckerei: 14 Tage vor dem Druck. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Göttsch, Riesa.

Die Verwendung der Auslandsgelder.

Wenn man sich im Vorjahre mit der Frage beschäftigte, worauf die Passivität der deutschen Handelsbilanz zurückzuführen wäre, erhielt man meistens die Auskunft, eine aktive Handelsbilanz und ein festes Anwachsen der Zahl der Auslandskredite seien Dinge, die im Widerspruch zu einander ständen. Der größte Teil der im Ausland aufgenommenen Gelder wurde damals nach Ansicht der Fachleute dazu verwendet, im Ausland gekaufte Rohstoffe und Halbfabrikate zu bezahlen. Die bewilligten Kredite dienten aber nicht in Form von Devisen oder Bargeld in das Land, sondern wurden zunächst einmal in Rohstoffe und Halbfabrikate umgewandelt. Da zu deren Verarbeitung eine mehrmonatliche Zeitspanne notwendig war, war also die Passivität der Handelsbilanz eine unvermeidliche Folge hereinrückender Auslandskredite.

Zelt einigen Monaten hat sich das Bild geändert. Seit Anfang Dezember ist die deutsche Handelsbilanz aktiv. Die damals verzeichnete Aktivität von 26 Millionen ist im Januar 1926, im Februar sogar auf 121 Millionen gestiegen. Für den März, dessen Zahlen zur Stunde noch nicht bekannt sind, erwartet man eine weitere Steigerung. Wie ist dies möglich? Wie verhält sich dies mit den einleitend mitgeteilten Erfahrungen? Wie ist dies vor allem damit in Einklang zu bringen, daß gerade in den letzten Monaten recht beträchtliche Auslandskredite abgeschlossen wurden?

Um es gleich voranzuschieben: die zu Anfang dieser Ausführungen aufgestellten Behauptungen sind nicht widerlegt worden. Es ist nach wie vor unabweisbar richtig, daß die starke Passivität der deutschen Handelsbilanz in den Monaten November 1925 bis November 1926 in erster Linie auf das Hineinrücken von Auslandskrediten zurückzuführen ist. Trotzdem aber ist nicht etwa eine Umkehrung dieses Sachverhalts, nach der man sagen könnte, das Hineinrücken von Auslandskrediten bedinge eine Passivität der Handelsbilanz. Die letzten Monate haben deutlich gezeigt, daß die Hineinnahme von Krediten auch anders wirken könne.

So sind nun die Erfahrungen aus neu aufgenommenen Auslandskrediten der letzten Monate geblieben, wenn sie nicht zum Ankauf von Rohmaterialien und Halbfabrikaten Verwendung gefunden haben. Zur Beantwortung dieser Frage ist zunächst daran zu denken, daß zahlreiche Auslandskredite in der Zeit vom Herbst 1924 bis zum Januar 1926 nur kurzfristig waren und größtenteils nicht länger als 3 bis 4 Monate liefen. Kaum in einem Falle ging die Laufzeit über die Dauer eines Jahres hinaus. Diese Kredite waren in den letzten Monaten zum Teil fällig geworden. Ihre Abdeckung ist zum großen Teil aus dem Erlös neuer, langfristiger Anleihen erfolgt. Hieraus ist es, was vielfach mit Stimmen oder Zweifel zur Kenntnis genommen wurde, zurückzuführen, daß die Gesamtverschuldung der deutschen Wirtschaft nur verhältnismäßig langsam ansteigt, obgleich man immer wieder von neuen Anleiheabschlüssen in teilweise recht beträchtlicher Höhe hört. Besonders interessant ist es hierbei, daß die Deutsche Bank in ihrem Geschäftsbericht für 31. Dezember 1925 die Gesamtverschuldung der deutschen Wirtschaft nicht höher annimmt, als am 30. September desselben Jahres. Dies berechtigt zu dem Schluß, daß im letzten Quartal des vergangenen Jahres alte Auslandskreditverpflichtungen ungefähr im gleichen Umfang abgedeckt wurden, indem neue aufgenommen worden sind.

Trotzdem kann natürlich nicht behauptet werden, daß die neuen Anleihen ausschließlich zur Abdeckung alter verwendet worden sind. Zahlreiche Unternehmen haben ihre Verpflichtungen aus eigener Kraft ganz abgedeckt, andere Unternehmen haben erstmalig Anleihen aufgenommen. Besonders zahlreich waren in den letzten Monaten die zum Abschluß gelangten Kommunalanleihen, die für einen Umsatz in Waren, sofern es sich nicht um den Einkauf von Lebensmitteln durch Städte handelt, beitragen.

Die neuen Kredite sind in einem bisher unbekanntem Umfang in das Land nach Deutschland geflossen. Hierfür gibt der Status der Reichsbank deutschen Deposits. Der Goldbestand des deutschen Zentralnoteninstitutes hat sich in 6 Monaten um 600 Millionen Mark erhöht. Diese Erhöhung kann bei der Goldbarren Deutschlands nicht allein auf den Inlandsverkauf von Devisen zurückzuführen sein. Sie muß zum größten Teil auf einen Goldzufluß beruhen, die ihrerseits wieder mit der Gewährung von Anleihen zusammenhängen muß. Deshalb ist es interessant, in der Vermehrung des Goldbestandes der Reichsbank die Folge einer klugen Bankpolitik oder überhaupt ein günstiges Zeichen zu sehen. Die Erhöhung des Goldbestandes ist der Reichsbank viel mehr aufzuzuwenden und für diese durchaus nicht etwa günstig. Man bedenke nur, welcher hohe Gewinnverlust darin liegt, daß die deutsche Reichsbank derartig große Werte in ihren Tresoren ruhen lassen muß. Der auf der anderen Seite unentbehrlich feststehende stetig steigende Notenumlauf der letzten Monate ist übrigens ein weiterer Beweis dafür, daß die Reichsbank in großem Umfang hineinrückende Auslandskredite aufnehmen hatte und durch Ueberlassung von Zahlungsmitteln an die Kreditnehmer im Inland im Umlauf setzte.

Da bisher weder in der Aufnahme von Auslandskrediten noch in der Zunahme des Zahlungsmittelumlaufes eine rückläufige Bewegung festzustellen ist, kann der Zeitpunkt nicht fern liegen, zu dem die Gefahr einer inflationistischen Wirkung der Auslandskredite akut wird. Hieron wurde schon seit langem gewarnt. Befehlt der jetzige Zustand fort, so nehmen die Goldbestände der Reichsbank weiter zu, der Zahlungsmittelumlauf steigt, eine Preissteigerung wird erschwert, ja, sogar vielleicht unmöglich gemacht. Gerade die Preissteigerung aber ist von besonderer Wichtigkeit. Während nach Meinung der Inflationisten zunächst der deutsche Export von Monat zu Monat zunimmt, ist seit

Die deutsche Antwort an den Völkerbund.

Berlin. (Funkpruch.) Die deutsche Antwort an den Völkerbund, die heute in Genf übergeben worden ist, hat folgenden Wortlaut: Herr Generalsekretär! In dem ich den Empfang Ihres Schreibens vom 11. März dieses Jahres bekräftige, beehre ich mich Ihnen mitteilen, daß die deutsche Regierung bereit ist, einen Vertreter zur Teilnahme an den Beratungen der Kommission zu entsenden, die durch Beschluß des Völkerbundes vom 18. März dieses Jahres eingesetzt worden ist, um die Frage der Zusammenlegung des Rates sowie die Zahl seiner Mitglieder und das Verfahren ihrer Wahl zu prüfen. Die Benennung des deutschen Vertreters darf ich mir vorbehalten.

einigen Monaten ein vollkommener Stillstand in der Bewegung zu verzeichnen. Unverändert beträgt seit November 1925 die monatliche Ausfuhr Deutschlands rund 500 Millionen. Die eingangs dieser Zeilen angeführte steigende Aktivität der deutschen Handelsbilanz beruht also ausschließlich auf einem fortschreitenden Rückgang der Einfuhr nach Deutschland. Sollte die Wirtschaftskrise in Deutschland dazu geführt haben, daß manche überflüssige Einfuhr unterbleibt, so wäre dies zu begrüßen. Ist aber die deutsche Einfuhr in den Krisen zurückgegangen, die üblicherweise verarbeitet oder veredelt wieder ausgeführt zu werden pflegen, so dürfte eine erneute ungenügende Entwicklung der Handelsbilanz vor der Türe stehen. Im Zusammenhang mit der in Deutschland üblichen Preissteigerung ist aber besonders der deutsche Export wichtig. Hierzu muß gesagt werden, daß die Stagnation auf diesem Gebiete keineswegs nur in der Wirtschaftskrise des Auslandes beruhen kann. Die schlechte Wirtschaftslage in den anberaubten Ländern hat lange nicht den Umfang der deutschen Wirtschaftskrise und ist kein Grund dafür, daß die deutsche Ausfuhr nicht fortlaufend steigt, wie dies bisher der Fall war. Der Grund für den Stillstand in der einst freien Steigerung unserer Ausfuhr liegt in erster Linie an dem Handelsgeheimnis deutscher Exporteure, an den Exportpreisen, die eher steigen als sinken sind. Wir fanden im Laufe des vorigen Jahres in der deutschen Exportindustrie vielfach Preisfestsetzungen, die manchmal bis hart an die Gebietsgrenzen herangehen. Zum Ausgleich aller Vorzüge im Interesse der Wiedergewinnung des Weltmarktes aber unumgänglich notwendigen Preisfestsetzungen hielt man sich an dem Inlandsmarkt schadlos. Da dies aber mit der fortlaufenden Verschlechterung der Wirtschaftslage in Deutschland immer schwieriger wurde, griff man vielerorts zu Preiserhöhungen im Exportgeschäft. Hierin liegt der wesentliche Grund für die ungenügende Entwicklung der deutschen Ausfuhr. Vermeintlich aber der deutsche Zahlungsmittelumlauf weiter, so tritt nach alten Erfahrungen eine gewisse Erhöhung der Kaufkraft in Deutschland ein. Die damit verbundene Erhöhung der Nachfrage wird nach dem alten volkswirtschaftlichen Grundsatz, daß Angebot und Nachfrage den Preis machen, neue Preiserhöhungen mit sich bringen. Sieht man aber die deutsche Ausfuhr nicht fortlaufend von Monat zu Monat, so geht Deutschland den schwersten volkswirtschaftlichen Gefahren entgegen. Wirken Auslandskredite inflationistisch, so muß man auf sie verzichten. Eine Steigerung der Einfuhr ist nur dann erträglich, wenn auch die Ausfuhr in gleichem Maße steigt. Die Lehre, die wir hieraus ziehen müssen, ist die, daß man mehr als bisher vor der Aufnahme einer jeden Auslandskredite prüfen muß, ob und wie weit die damit in Verbindung stehenden privatwirtschaftlichen Interessen den Interessen der Allgemeinheit zuwiderlaufen. Ist dies der Fall, so darf die Aufnahme der Anleihe nicht erfolgen. Die Interessen der Gesamtwirtschaft stehen höher als die Interessen eines einzelnen Unternehmens.

Obstruktionskämpfe im Unterhaus.

London. (Funkpruch.) Bei den die ganze Sitzung durchdauernden Kommissionsberatungen über die Sparmaßnahme der Regierung trat um 6 Uhr morgens eine ganz außerordentliche Lage durch eine ganz neue Obstruktions-Weisung von Mitgliedern der Arbeiterpartei ein. Bei der Abstimmung über einen Vertragsantrag der Arbeiterpartei blieben 18 Mitglieder der Arbeiterpartei in der Halle vor der Abstimmung über eine halbe Stunde zurück und hielten durch Späße und Gesang die ganze Sitzung auf. Der Sprecher des Unterhauses wurde aus dem Saal geholt und nach Verlauf einer weiteren Stunde unter ähnlichen Obstruktions wurden die 18 Mitglieder der Arbeiterpartei mit 163 gegen 76 Stimmen von der Sitzung ausgeschlossen. Die Beratungen wurden dann fortgesetzt.

Vor einer neuen Nachfristung.

London. (Funkpruch.) Das Unterhaus hat nach seiner Nachfristung sich nach 9 Uhr auf heute nachmittags vertagt. Man erwartet, daß der Kampf mit der Opposition andauern wird und daß es zu einer zweiten Nachfristung kommt.

Neue große Spiritiehebungen.

Berlin. (Funkpruch.) Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß die Fabrikantenstelle des dortigen Hauptzollamtes bei der alten Frankfurter Wein- und Spirituosen-Firma J. C. Weill Spiritiehebungen auf die Saure gekommen ist, durch die der Reichslohn um sehr hohe Summen geschädigt worden ist. Die Firma hatte dem Zollamt bei der Unter-

suchung des zur Cognat-Verhellung benutzten Brennweins auf seinen Alkoholgehalt Proben untergeschoben, die fast 20 Prozent nur 10-11 Prozent Alkohol enthielten, wodurch die Firma eine weit höhere Menge Alkohol erzeugen konnte, als jene für die sie nach der vorerwähnten Anbahnung zurichtete. Die Verurteilung ist dadurch erleichtert worden, daß weil das Vertrauen des Zollamtes und der Reichsmonopolverwaltung in hohem Maße gestiegen hat. Außerdem betrug er sich sehr aktiv im Kampf gegen die Schwarzbrünnereien und hat eine große Reihe von Brünnereien bei der Zollbehörde denunziert und unrichtig in Verdacht gebracht.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung, a. d. Stresemann.

Gegen die Loslösung des Locarno-Vertrages vom Völkerbund.

Berlin. Die von der französischen Botschaft empfohlene Trennung der Locarno-Verträge von der Völkerbundpolitik hat, wie wir aus diplomatischen Kreisen hören, sowohl bei der deutschen wie bei der englischen Regierung außerordentliches Befremden hervorgerufen. Vor der Genfer Tagung stand die Reichsregierung allerdings noch auf dem Standpunkt, daß eine Veranlassung des Falles mit der Völkerbundpolitik nicht ratsam sei. Bei dem Scheitern der Verhandlungen und der Vertagung der deutschen Annahme in den Völkerbund legten dann aber die Verhandlungen der deutschen Vertreter mit den englischen und französischen Delegierten über die Frage ein, wie nunmehr die Locarno-Verträge ihre Wirksamkeit erlangen könnten. Nach langen Beratungen entschied man sich, jene Verlautbarung hinauszubringen, die die moralische Aufnahme Deutschlands als vollzogen betrachtet und die Rückwirkungen des Locarno-Vertrages somit garantiert. Es bestand also eine lebereinstimmung der Locarno-Parteien, beide Fragen nicht voneinander zu trennen. Rückfragen in Paris haben, wie wir hören, ergeben, daß den genannten Vertretern der französische Außenminister Briand fernsteht und daß es lediglich eine kleine politische Gruppe sei, die ein Interesse an der Vereitelung neuer Schwierigkeiten in der Verwirklichungspolitik habe.

Vor Friedensverhandlungen in Marokko.

Paris. (Funkpruch.) Der französische General Mougin, der in Uchida die Verbindung zwischen Abd el Krim und der französischen Regierung aufrechterhalten hat, erklärte einem Pressevertreter, daß er über das Eintreffen der Delegierten der Mittelmeer noch keine Nachricht erhalten habe. Es würden noch einige Tage bis zum Beginn der Verhandlungen vergehen. Ein Friede mit Abd el Krim sei notwendig, denn die Fortsetzung des Krieges würde nur geringe Vorteile um den Preis schwerer Opfer bringen. Abd el Krim habe genügend Einfluß, um den ihm anhängenden Stämmen, die ihm in den Krieg gefolgt seien, einen auf den gegenwärtigen Friedensbedingungen basierenden Frieden auszuhandeln.

Die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen über die Grenzbahnen.

Dresden. Die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen, die am Montag in Dresden begannen und die vertragliche Neuregelung der deutsch-tschechoslowakischen Grenzbahnverhältnisse zum Gegenstand hatten, sind nach dreitägiger Dauer für einige Zeit ausgesetzt worden, um einer konkreten Formulierung der erörterten Gesichtspunkte Raum zu geben. Die Verhandlungen wurden in freundschaftlichem Geiste geführt; sie werden voraussichtlich im Laufe des Sommers fortgesetzt werden.

Die Lage in Jugoslawien.

Bra g. (Funkpruch.) Das tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Belgrad, der König empfing gestern den Unterrichtsminister Stefan Raditch und darauf den Ministerpräsidenten Munomitch.

Der Justizminister und der Minister für Sozialpolitik erklärten, daß eine Zusammenarbeit mit Raditch nicht nur unmöglich, sondern sogar schädlich sei. Sie sogen ihre Rücktrittsgesuche, die sie bereits eingereicht hatten, auf Veranlassung des Ministerpräsidenten zurück, der darauf Raditch aufforderte, bis 5 Uhr nachmittags zu demissionieren. Weder Raditch noch die übrigen kroatischen Minister erschienen im Ministerrat.